Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
# 1947

114 (25.9.1947)

Visual Library

2. Jahrgang / Nummer 114
Verlag: Badendruck GmbH., Karlsruhe, Lammstr. 1b—5, Tel. 4051/53

# BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Donnerstag, 25. Sept. 1947
Monatlicher Bezugspreis RM. 2.20
Postbezug RM 2.60 zuzügl. Bestellgebühr

## Einschränkung der absoluten Souveränität gefordert

**New York, 24. Sept.** (Dena) Während der Vollversammlung der UN am 22. September erklärte der britische Vertreter McNeil, Großbritannien hege keine Feindschaft gegen die Sowjetunion oder gegen irgendeine andere Nation.

Die sowjetische Taktik im Abrüstungsausschuß und in der Atomenergie-Kommission nannte McNeil die „sowjetische Nichtbereitschaft zur Zusammenarbeit". Die Sowjets bedienten sich in beiden Ausschüssen einer neuen Waffe — des „Vetos der Langsamkeit". McNeil wies die sowjetischen Vorschläge für die Kontrolle der Atomenergie mit der Begründung zurück, daß sie nicht genügend Sicherheit böten. Der amerikanische Vorschlag sei dagegen das bemerkenswerteste Angebot, das je in der Geschichte der Abrüstungsvorschläge verzeichnet worden sei.

Die Bemerkung Wyschinskis über die Mängel der Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten nannte McNeil eine „Komödie". Wenn die sowjetische Regierung bei der Erläuterung irgendeiner internationalen Situation glaube, daß nur ihr Standpunkt akzeptiert werden müsse, dann werde dadurch auf die Dauer nicht nur die Organisation der UN zerstört, sondern auch der wenig stabile Weltfrieden erschüttert. Großbritannien habe abgerüstet und demobilisiert und sei damit beschäftigt, die Demobilisierung noch weiter voranzutreiben. Großbritannien sei bereit, alle rechtlich begründeten Ansprüche der Sowjetunion zuzulassen. Es wünsche die herzlichen Beziehungen zu den Sowjets.

Großbritannien sei zutiefst beunruhigt über die sowjetische Auffassung von der absoluten Souveränität. Wenn man soweit komme, daß man sich an diese historisch der Vergangenheit angehörende Auffassung vom absoluten Staat halte, dann blockiere man sofort den Weg zu internat. Abkommen.

## Ernährungsminister der Bizone tagen

**Fleischration von 400 Gramm soll eingehalten werden — 1 Zentner Kartoffeln**

**Frankfurt, 24. Sept.** (Dena) Maßnahmen für eine einheitliche Fleischbewirtschaftung im Wirtschaftsjahr 1947/48, die von dem Grundsatz „Gleichmäßige Rationen in allen Landesteilen" ausgehen, wurden am 23. d. Mts. in einer Konferenz festgelegt, zu der die Zweizonen-Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Ernährungsminister der acht Länder der Bizone zusammengerufen hatte. Die Konferenz fand unter Vorsitz von Ministerialdirektor Hans Podeyn statt.

Die Fleischration für Normalverbraucher soll in einer Höhe von 400 g für die Zuteilungsperiode aufrecht erhalten werden. Durch die Dürreperiode noch anfallende überschüssige Fleischmengen werden soweit wie möglich eingekühlt bzw. eingelagert, um als Reserve für die Wintermonate zu dienen. Über die hauptsächlich in Norddeutschland eingelagerten Fleischbestände können die Länder nur im Einvernehmen mit dem Verwaltungsamt für Ernährung verfügen.

Zweites Hauptthema der Besprechungen des Verwaltungsamtes für Ernährung und Landwirtschaft und der acht Ernährungsminister war die Kartoffelversorgung. Vorläufig soll in allen Ländern ein Zentner Kartoffeln pro Person zur Einkellerung freigegeben werden. Über die Möglichkeit einer zusätzlichen Einkellerung wird nach dem Vorliegen endgültiger Ernteschätzungen entschieden werden. In Ländern, in denen bereits mehr als ein Zentner Winterkartoffeln aufgerufen wurde, werden die Zuteilungen anderer Lebensmittel entsprechend gekürzt werden.

### Täglich 1425 Kal. in der 107. Periode

Der von der bizonalen Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für den kommenden 107. Versorgungsabschnitt festgelegte Kaloriensatz für Normalverbraucher beträgt 1425 Kalorien täglich.

Diese Menge versteht sich bei voller Belieferung der zur Ausgabe vorgesehenen Nahrungsmittel einschließlich der Kartoffeln. Nach Ansicht maßgeblicher Stellen der Zweizonen-Verwaltung wird es jedoch möglich sein, an Stelle nicht zu liefernder Kartoffeln andere Lebensmittel, voraussichtlich Brot, im entsprechenden Umrechnungsverhältnis auszugeben.

### Neuer Wirtschaftsplan für Süd-Baden

**Freiburg i. Brsg., 24. Sept.** (Dena) Für Süd-Baden wurde ein neuer Wirtschaftsplan aufgestellt, dessen wesentlicher Punkt eine Freigabe der Produktion in Höhe von 50 Prozent vorsieht, die je zur Hälfte für die Versorgung der Zivilbevölkerung und für zusätzliche Exporte bestimmt ist, gab der südbadische Wirtschaftsminister Friedrich Leibrandt bekannt.

Auch für Südbaden ist nunmehr der direkte Verkehr der Exporteure mit den ausländischen Importeuren vorgesehen, wobei ein Bonus von 10 Prozent des Erlöses dem Exporteur gewährt wird. Aus dem übrigen Erlös, der an eine von der Militärregierung verwaltete Kasse geht, sollen Rohstoffe und Lebensmittel bezahlt werden. Dadurch soll der Bevölkerung im Laufe des kommenden Jahres ein Rationssatz von 1800 Kalorien täglich gesichert werden.

## Die Schlußsitzung der europäischen Wirtschaftskonferenz in Paris

**16 Nationen ersuchen um 22 Milliarden 440 Millionen Dollar**

**Gesetzgebungsprojekt für Durchführung des Marshall-Plans in Aussicht - Legitime Forderung an die USA**

**Paris, 24. Sept.** (Dena). Die europäische Wirtschaftskonferenz nahm in ihrer Schlußsitzung am 22. Sept. den im Rahmen des Marshall-Planes für die Vereinigten Staaten aufgestellten Bericht über die europäischen Bedürfnisse einstimmig an. In diesem Bericht, den Außenminister Bevin in seiner Ansprache als den Beginn einer großen gemeinsamen Anstrengung bezeichnete, ersuchen die 16 beteiligten Nationen die westliche Hemisphäre um Kredite in Höhe von 22 Milliarden 440 Millionen Dollar für die nächsten vier Jahre.

Bevin, der bei der Schlußsitzung den Vorsitz führte, dankte den Delegierten für die geleistete Arbeit und erklärte: „Es ist ein langer Weg zurückzulegen, bevor die europäische Wirtschaft wieder aufgebaut ist. Bevin gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Geist des Kooperationsausschusses die Teilnehmerstaaten stärken und sie zur Bewältigung der schwierigen Monate und Jahre, die die Zukunft noch bringe, ermutigen werde. Der Bericht stelle keinen Appell an die Mildtätigkeit der Vereinigten Staaten dar, sondern sei die legitime Forderung auf Unterstützung, um die Wiederaufbauperiode zu überbrücken und eine Lage zu schaffen, die es Europa ermögliche, seinen Beitrag für die Nachkriegszeit zu leisten. Es läge jetzt beim amerikanischen Volk und seinem Kongreß, zu entscheiden, ob das auf die Initiative Marshalls hin aufgestellte Programm erfüllt werden solle und Europa dadurch zum Frieden und Wohlstand in der Welt beitragen könne.

Der stellvertretende französische Ministerpräsident Pierre Henri Teitgen erklärte, falls das im Bericht niedergelegte Maximum der Kohlenproduktion erreicht werden solle, müßten besondere Abkommen über die Ruhrkohlenförderung getroffen werden. Frankreich beabsichtige im Jahre 1951 15 Millionen Tonnen mehr Kohle als 1938 zu fördern, sowie seine Stahlproduktion zu verdoppeln. Ferner werde es in Kürze zum Exporteur landwirtschaftlicher Erzeugnisse werden.

### Britischer Kurier fliegt zu Marshall

**New York, 24. Sept.** (Dena-Reuter). Der Kurier des britischen Königs, Walter Kirkwood, ist am 23. Sept. auf dem Luftwege, von Paris kommend, mit dem Originaltext und den Kopien des Schlußberichtes der Pariser Konferenz über den Marshall-Plan eingetroffen. Nach kurzem Aufenthalt setzte er seine Reise nach Washington fort, wo der Bericht durch die britische Botschaft Außenminister Marshall zugestellt werden wird.

### Hoffnungsvolle Aussichten

**Washington, 24. Sept.** (Dena-Reuter). Das amerikanische Außenministerium beabsichtigt, ein vollständiges Gesetzgebungsprojekt für die Durchführung des Marshall-Hilfsplanes für Europa innerhalb von sechs Wochen einem Kongreßkomitee zu überweisen.

Dies würde bedeuten, daß am 1. Nov. die Erörterungen des europäischen Wiederaufbauplanes durch Kongreßausschüsse aufgenommen werden. Außerdem würde hierdurch voraussichtlich die Einberufung einer Sondersitzung des Kongresses etwa Mitte November erforderlich, die sich zuerst mit den Nothilfsmaßnahmen für Europa und dann mit der Erörterung eines auf lange Sicht gerichteten Wirtschaftsplanes befassen würde.

Kreise, die dem Ausschuß unter Handelsminister Averall Harriman nahestehen, der einen Bericht für Präsident Truman über die Hilfe, die Amerika leisten kann, ausarbeitet, berichten, daß die Mitglieder des Ausschusses bereits mit der Erörterung des Pariser Berichts begonnen haben. Nach Ansicht dieser Kreise besteht außerdem die Möglichkeit, daß der gesamte Exekutivausschuß der Pariser Wirtschaftskonferenz nach Washington kommt, um die Fragen derjenigen zu beantworten, die den notwendigen Gesetzentwurf für den Kongreß aus dem durch die europäischen Länder zur Verfügung gestellten Material aufstellen.

## Willkommen in Karlsruhe

Es gibt eine Reihe Möglichkeiten, auch in einer erst schattenhaft sichtbaren und mit manchen Mängeln bedeckten Demokratie Volk und Regierung miteinander in geistige und persönliche Berührung zu bringen, um damit die Anonymität des Staates und seiner Verwaltung in eine Sphäre des Menschlichen zu erheben. Da sind zunächst einmal die ordnungsgemäßen Einrichtungen aller Demokratien wie Parlament, Presse und Parteiversammlungen, in denen Minister reden, aber auch Antwort stehen müssen, wo gefragt, opponiert und akklamiert werden kann, wo eben das stattfindet, was in einer Diktatur, wo das Volk auf Anruf nur das erwartete Echo zu geben hat, gänzlich ausgeschlossen ist, die Confrontation der Regierung mit den Regierten. Dazu kann auch die offizielle Form eines Staatsbesuches, den die Regierung in ihrer Gesamtheit einem bestimmten Teil eines Landes abstattet, gerechnet werden.

Ein solcher Akt der persönlichen Begegnung findet heute in Form eines Staatsbesuches des württ.-badischen Staatsministeriums in Karlsruhe statt. Unsere Bevölkerung, nicht weniger als die aller anderen Landesteilen mit den schweren Sorgen um die Bewältigung des persönlichen Schicksals im kommenden Winter beschäftigt, begrüßt die Mitglieder der württ.-badischen Regierung in den Mauern der ehemaligen Landeshaupt Badens aufs wärmste. Sie weiß, daß es sich hier nicht um eine Repräsentationsvisite dreht, für die in der gegenwärtigen Zeit kein Platz wäre, sondern im Grunde genommen um eine besondere Art der Arbeitstagung, mit dem Zweck, der Gesamtheit der Staatsregierung durch persönlichen Augenschein und die entsprechenden Begleitworte der dazu berufenen Fachleute einen nachhaltigen Eindruck von der wirklichen Situation der Stadt Karlsruhe zu vermitteln.

Karlsruhe hat eben über das gewöhnliche Kriegsschicksal anderer vom Krieg betroffener Städte hinaus insofern ein Sonderschicksal erlitten, als es die Kriegsfolgen aus der ehemaligen Landeshauptstadt zur Provinzialstadt degradierten. Durch die Zonengrenzen im Süden und im Westen aus der ursprünglichen badischen Verwaltungseinheit und einem natürlichen wirtschaftlichen Hinterland herausgeschnitten, hat es seine ursprüngliche Basis verloren und befindet sich nunmehr im Schatten der Landeshauptstadt Stuttgart, mit der es früher an kultureller Bedeutung wetteiferte.

Was Karlsruhe anstrebt, ist nicht eine Vorzugsstellung, sondern nur die durch wirtschaftliche Taten bezeugte Anerkennung seiner besonderen Lage und eine im Rahmen des Möglichen liegende Unterstützung seiner vielfältigen Anstrengungen auf allen Gebieten der Wirtschaft und Kultur, unter den so gänzlich gewandelten Verhältnissen, eine seiner ehemaligen Bedeutung, aber auch seiner jetzigen geographischen Lage entsprechenden Würdigung zu erfahren. Daß dies in der Vergangenheit von den maßgebenden Stuttgarter Stellen nicht immer geschah, hat hier ein lebendiges Gefühl der Benachteiligung geschaffen, das dem vertrauensvollen Zusammenwachsen des badischen Landesteiles mit dem neuen Staate nicht immer günstig war.

Der Besuch des württ.-badischen Kabinetts ist für die Karlsruher Bevölkerung ein verheißungsvolles Zeichen für die Zukunft, ein Beweis dafür, daß die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der westlichsten Großstadt des Landes nun doch die Beachtung erfährt, die ihr und dem Selbstbehauptungswillen ihrer Einwohner gebührt. In diesem Sinne den Mitgliedern des württ.-badischen Staatsministeriums in Karlsruhe ein herzliches Willkommen! **W.B.**

## Änderungen des Befreiungsgesetzes in bezug auf Minderbelastete angestrebt

**Noch keine Einigung erzielt / Beratung mit General Clay vorgesehen**

**Stuttgart, 24. Sept.** (Eig. Ber. Dr. Hue) Nachdem das Gesetz zur Befreiung von Nazismus und Militarismus seit 1½ Jahren in Kraft ist, haben sich verschiedene Mängel gezeigt, die eine Änderung dringend notwendig machen. Verschiedentlich haben sich die Minister für politische Befreiung beraten und General Clay über den Länderrat Vorschläge gemacht. General Clay hat nun ein Memorandum herausgegeben, in dessen Rahmen der Ausschuß für Entnazifizierung im Länderrat einen Abänderungsentwurf verfaßt hat. Minister Binder (Hessen) referierte im parlamentarischen Rat über die neuen Vorschläge, deren Hauptzweck eine Vereinfachung des Verfahrens und eine Lockerung des Beschäftigungsverbots sein soll.

Eine wesentliche Änderung soll dabei bei den Sühnemaßnahmen der Minderbelasteten eintreten. Sofern sie in der Wirtschaft beschäftigt sind, können sie als Inhaber, Geschäftsführer usw. während der Dauer der Bewährungsfrist tätig sein. Ausgeschlossen von dieser Vergünstigung sind Beamte des höheren Dienstes, Lehrer, Prediger, Redakteure usw. Eine weitere Vereinfachung soll dadurch eingeführt werden, daß der öffentliche Kläger nach vorheriger Genehmigung der Militärregierung, wenn es ihm gerechtfertigt erscheint, Personen, die in Gruppe 2 fallen in Gruppe 3—5 einreihen kann. Voraussetzung ist, daß sie keiner, in Nürnberg für verbrecherisch bezeichneten Organisation angehört haben. In der Diskussion waren sich die Abgeordneten aller Parteien einig, daß sie infolge mangelnder Informationen, die durch die Kürze der Zeit bedingt waren, zu keinem Beschluß fähig seien. Abg. Andre (CDU Württemberg-Baden) forderte noch größere Erleichterungen besonders für die kleinen Amtsträger und Lehrer. Dr. von Brentano (CDU Hessen) forderte eine grundlegende Umarbeitung des Gesetzes. Alex Möller (SPD Württemberg-Baden) erklärte, daß sich der parlamentarische Rat darüber klar sei, daß keine wesentlichen Änderungen zu erreichen sein werden. Er sprach sich energisch gegen die Bestimmung aus, wonach minderbelastete Betriebsführer usw. wieder in ihre alten Stellungen eingesetzt werden könnten. Abg. Hausmann (DVP Württemberg-Baden) stellte fest, daß auch das Mitläuferproblem noch nicht gelöst sei, besonders für Kriegsgefangene und Neubürger.

### Länderratstagung abgebrochen

Nach einer internen Sitzung der Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone mit dem parlamentarischen Rat wurde, wie Dena aus Stuttgart meldet, die Länderratstagung am 23. September abgebrochen, weil sich über die bestehenden Möglichkeiten zur Abänderung des Befreiungsgesetzes „Unklarheiten ergeben haben", heißt es in einer Erklärung, die anschließend der Presse übergeben wurde.

Der württembergisch-badische Staatsrat Konrad Wittwer erklärte in einem Interview, die Sitzung des parlamentarischen Rates beim Länderrat am Dienstag sei abgebrochen worden, weil den Befreiungsministern erst Gelegenheit gegeben werden solle, in einer Aussprache mit dem amerikanischen Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, die gegebene Sachlage zu erörtern.

## Gesetz über Anweisungsbefugnis des Exekutivrates an die Länder abgelehnt

**Frankfurt, 24. Sept.** (Dena). Die Vorsitzenden des Zweimächtekontrollamtes, General Sir Gordon Macready und Mister C. L. Adcock, setzten am 23. September die Mitglieder des Zweizonenwirtschaftsrates und des Exekutivrates davon in Kenntnis, daß das Gesetz über die Anweisungsbefugnis des Exekutivrates an die Länder vom Zweimächtekontrollamt abgelehnt worden ist. Das Gesetz war in der letzten Vollversammlung des Zweizonenwirtschaftsrates beschlossen worden.

In der Begründung heißt es, daß das Anweisungsgesetz, das dem Exekutivrat außergewöhnliche Vollmachten im Zusammenhang mit der Lebensmittelerfassung während der nächsten drei Monate geben sollte, abgelehnt wurde, weil der Exekutivrat gemäß den Statuten des Wirtschaftsrates und Exekutivrates nur dann Anweisungen erlassen kann, wenn diese auf einem vom Wirtschaftsrat beschlossenen Gesetz oder einer Anordnung der Militärregierung beruhen. Im vorliegenden Falle habe der Wirtschaftsrat noch kein Gesetz veröffentlicht, auf das derartige Anweisungen zu stützen wären. Ein solches Gesetz befinde sich zur Zeit beim Wirtschaftsrat in Vorbereitung und werde wahrscheinlich bei der nächsten Vollsitzung des Rates dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt werden. In Anbetracht des Notstandes, der das zurückgewiesene Anweisungsgesetz veranlaßt hatte, schlage das Zweimächtekontrollamt vor, daß die Militärregierung Anordnungen treffe, die später wieder aufgehoben werden könnten, wenn der Wirtschaftsrat das erforderliche Gesetz beschlossen habe!

Zu der Ablehnung des Anweisungsgesetzes durch das Zweimächte-Kontrollamt erklärte der Vorsitzende des Exekutivrates, Oberbürgermeister Ludwig Metzger, der Exekutivrat würde es begrüßen, wenn die Militärregierung nunmehr eine entsprechende Anordnung erlassen würde. Der Sinn dieses Gesetzes sei gewesen, sagte Metzger, dem Exekutivrat für einen begrenzten Zeitraum auch bereits vor Erlaß der eigentlich notwendigen grundlegenden Gesetze die Möglichkeit zu geben, dringende Maßnahmen zu treffen. Wenn dies durch eine neue Anordnung der Militärregierung, wie sie vom Kontrollrat vorgeschlagen wurde, ermöglicht werde, so sei auch damit den deutschen Behörden geholfen.

### Dr. Spieker wird Vorsitzender

Der Vorsitzende des Exekutivrates, Oberbürgermeister Ludwig Metzger, wird am 1. Oktober durch den Vertreter Nordrhein-Westfalens im Exekutivat, Dr. Karl Spieker, abgelöst werden, teilte die Pressestelle des Exekutivrates mit.

### Ernste Lage durch Ablehnung

Die Plenarsitzung des Wirtschaftsrates wurde vom Hauptausschuß für Montag, den 29. September, einberufen. In einem zu dieser Sitzung herausgegebenen Kommunique wird das vom Kontrollrat abgelehnte Gesetz als die „Rechtsgrundlage für dringend erforderliche und schnell wirksame Anordnungen auf dem Ernährungsgebiet" bezeichnet. Angesichts der ernsten Lage, die durch die Ablehnung des Gesetzes geschaffen wurde, habe der Hauptausschuß nunmehr eine außerordentliche Sitzung des Wirtschaftsrates einberufen. Inzwischen werden die nötigen Anordnungen besonders für die Kartoffel- und Fleischversorgung vorbereitet, um sie durch die Vollversammlung verabschieden zu lassen.

### Sumner Sewall verabschiedet sich

**Stuttgart, 24. Sept.** (Dena). Der scheidende Leiter der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden, Sumner Sewall, verabschiedete sich am 22. Sept. über Radio Stuttgart von der deutschen Bevölkerung des Landes.

„Um unsere Ziele zu erreichen", sagte er in seiner Abschiedsansprache, „glauben wir Amerikaner, daß eine konstitutionelle demokratische Regierungsform von grundlegender Wichtigkeit ist. Wir glauben, daß die überwältigende Mehrheit der einfachen Leute aller Nationen mit ihren Mitmenschen in Frieden leben will, wenn ihnen Entwicklungsfreiheit gegeben wird".

In einem Brief des scheidenden Direktors der amerikanischen Militärregierung Württemberg-Baden, Sumner Sewall, an den Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier heißt es: „Es freut mich, Ihnen und den Mitgliedern Ihres Kabinetts zu sagen, wie hoch ich Ihre gute Zusammenarbeit geschätzt habe, die uns zur Lösung unserer gemeinsamen Pläne befähigt hat. Ich hoffe, daß ich eines Tages die Freude haben werde, nach Württemberg-Baden zurückzukehren. Inzwischen möchte ich Ihnen erneut versichern, daß mir immer die Interessen Württemberg-Badens am Herzen liegen werden und ich Ihnen für einen baldigen und vollständigen Wiederaufbau Ihres Landes von den materiellen und geistigen Nöten des Krieges meine besten Wünsche ausspreche.

## Das Notprogramm Englands

**London, 24. Sept.** (Dena-Reuter) Der endgültige Entwurf des britischen Notprogrammes zur Überwindung der Wirtschaftskrise fordert von den Arbeitern Großbritanniens in den kommenden 15 Monaten die Produktion von Exportgütern im Werte von 1,7 Milliarden Pfund Sterling. Durch einen fünf Punkte umfassenden Plan, zu dessen Durchführung die Verwendung der Arbeitskräfte und die Lieferung von Rohmaterial durch die Regierung gelenkt wird, soll bis zum Ende des nächsten Jahres der Fehlbetrag im britischen Außenhandel, der etwa 600 Millionen Pfund Sterling jährlich beträgt, ausgeglichen werden.

## Frankreichs Hilferuf an USA

**Washington, 24. Sept.** (Dena-INS) Der französische Botschafter in den USA, Henry Bonnet, erklärte vor Pressevertretern, Frankreich benötige dringend sofortige erhöhte Lieferungen von Weizen, Treibstoff und Fetten aus den Vereinigten Staaten.

## 3,5 Milliarden Dollar Europa-Hilfe der Weltbank

**Washington, 24. Sept.** (Dena-Reuter). Die Weltbank ist in der Lage, als Beitrag zur wirtschaftlichen Wiedergesundung Europas, wie im Pariser Bericht zum Marshall-Plan vorgesehen, 3,5 Milliarden Dollar für Investitionen zur Verfügung zu stellen, erklärte hier am Dienstag der Vizepräsident der Bank, Robert Garner.

## Kommunismus und Faschismus

(Von unserem Korrespondenten in Rom)

Jetzt, wo der Kommunismus in der italienischen Konstituante unter dem vierten Kabinett De Gasperi von der Regierungspartei zur Oppositionspartei geworden ist, haben wir einem politisch erprobten italienischen Freunde mit weitverzeigten Auslandsbeziehungen die Frage vorgelegt, ob die dem italienischen Volk besonders eigene Humanität und der Sinn für die Lebensrealitäten wohl mildernd auf den Kommunismus einwirken könnten. Unser Gewährsmann erwiderte, daß der Kommunismus hierzulande einstweilen sich im ideologischen Stadium befinde, und sich daher der jedesmaligen Lage durch Zugeständnisse an das Volksempfinden anzupassen suche. Man dürfe aber die gefährlichen Auswüchse und Ausschreitungen der Kommunisten in einigen Gegenden Norditaliens, die sich in den letzten Jahren ereignet hätten, nicht auf die leichte Schulter nehmen. Ihnen hätten bestimmte extreme Parolen zugrundegelegen, die dann auch den einzelnen, vielleicht gutmütigen Menschen zu schweren Untaten hingerissen hätten. Die kritische Wende würde also erst mit einer nicht zu verhoffenden Machtergreifung des Linksradikalismus eintreten. Bis dahin hat der Außenstehende reichlich Gelegenheit, auch in bewegten politischen Zeitläuften wie den gegenwärtigen, ebenso köstliche wie für die Mentalität der Nation aufschlußreiche Beobachtungen zu machen.

So bemerkte unlängst das rechtsbürgerliche „Giornale d'Italia", es sei doch sonderbar, daß es in Italien angeblich immer einen Mann geben müsse, der von sich behaupte, und seine Anhänger aussagen lasse, daß er stets Recht habe. Früher sei es Mussolini gewesen, jetzt der Kommunistenchef Togliatti. Die Gleichsetzung Togliattis mit dem Duce in einem Punkte ist übrigens bestreitbar, da Togliatti seit seinem Wiedereintritt in das politische Leben Italiens im Herbst 1943 eine dem älteren Mussolini jedenfalls fehlende Geschmeidigkeit an den Tag gelegt hat, die so wenig den Anschein des doktrinären Fanatismus hatte, daß sie in der gegnerischen Kritik und Karikatur mehr als einmal für rätselhaft, ja unheimlich angesprochen wurde.

Marschall Badoglio und der Führer der liberalen Partei, der greise Philosoph Croce, haben bei früheren Anlässen, als Togliatti Verständnis für die außenpolitisch gefährdete und innerpolitisch verwickelte Lage Italiens zeigte, ihm die Hand geschüttelt. Sentimentale Stunden gibt es hier auch im politischen Getriebe, und es ist kein Zufall, daß mitten in der Ungewißheit, ob die neue Regierung bei der Abstimmung in der Verfassunggebenden Versammlung bestehen werde, eine vielgelesene römische Zeitung versicherte, daß in Italien sich letzten Endes alles arrangieren werde.

Charakteristisch für das Öl, das man behende auf die Wogenkämme des Gegners zu gießen pflegt, sind einige Bemerkungen Benedetto Croces in seiner bedeutsamen Rede, mit der er jüngst namens der Liberalen dem vierten Kabinett De Gasperi das Vertrauen aussprach. Croce erklärte, daß er häufig mit Vergnügen in den Zeitungen Züge seines Lebens aus der Feder Togliattis lese, die romanhaft seien. Aber er habe höfliche und aufrichtige Beziehungen mit der kommunistischen Partei und mit Togliatti selbst unterhalten, z. B. in der ersten Krisis des Ministeriums Bonomi 1944. Solche Bemerkungen zeigen, wie weit man im heutigen, in die Demokratie hineinwachsenden Italien innerlich entfernt ist von dem Ausschließlichkeitsanspruch des Faschismus, der sich zur totalitären Partei unter Herabsetzung Andersdenkender herausmauserte.

## SED-Forderungen an den Kontrollrat

**Grotewohl gegen Domäne des „US-Monopol-Kapitalismus" und „Hetze" gegen die Sowjetunion — Wiederaufbauplan für drei Jahre**

**Berlin, 24. Sept.** (Dena) Der Vorsitzende der SED, Otto Grotewohl, kündigte am dritten Tag des SED-Parteikongresses eine Eingabe seiner Partei an den Kontrollrat an, in der die sofortige Einstellung aller bizonalen Abmachungen, die Aufhebung der Zonengrenzen und eine Volksabstimmung über die Frage des Einheitsstaates gefordert wird. Weiter wird darin um die sofortige Errichtung von Zentralverwaltungen zur Vorbereitung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, sowie um die Durchführung des Moskauer Beschlusses über die Entlassung aller deutschen Kriegsgefangenen bis spätesten 31. Dez. 1948 gebeten. Grotewohl wandte sich in seiner Rede gegen die Entwicklung in den westlichen Zonen, die eine Domäne des „amerikanischen Monopolkapitalismus" seien, gegen die „Hetze" gegen die Sowjetunion und die sowjetische Besatzungszone und den Marshall-Plan, da dieser nur dazu diene, der amerikanischen Wirtschaft Absatzgebiete zu schaffen.

Am Anfang der Montagsitzung hatten sich einzelne Delegierte mit der Arbeit der KPD in den westlichen Zonen auseinandergesetzt. Ein Vertreter der bulgarischen Kommunisten rief den Kongreß auf, im Kampf gegen Kapital und Imperialismus zu „kleinen Wyschinskis" zu werden und ihre ganze Kraft für diesen Kampf einzusetzen. Wilhelm Pieck erklärte nach Abschluß der Diskussion, bei den einzelnen Ausführungen sei vielleicht etwas mehr Selbstkritik am Platze gewesen, da sie dazu dienen solle, den inneren Gehalt des SED-Gedankengutes auf ein höheres Niveau zu heben. Trotz aller Hindernisse in den westlichen Zonen werde auch dort der feste Wille der Arbeiterschaft zur Einheit den Sieg davontragen.

Im Mittelpunkt der Dienstag-Sitzung stand das Referat Walter Ulbrichts, in dem er sich mit der politischen und wirtschaftlichen Lage der Sowjetzone auseinandersetzte.

### Begrüßungs-Telegramm der KP der USSR an den SED-Parteikongreß

„Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) sendet den Delegierten des 2. Parteitages der SED seine wärmsten Grüße", heißt es in einem Telegramm des Zentralkomitees aus Moskau.

## Gesetz über Notmaßnahmen für die Wirtschaft und Ernährung entworfen

**Frankfurt, 24. Sept.** (Dena) Der Entwurf zu einem „Gesetz über Notmaßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschaft und Ernährung", der vom Exekutivrat ausgearbeitet wurde und dem Wirtschaftsrat zur Beschlußfassung in seiner nächsten Plenarsitzung übergeben werden soll, wurde am 23. d. Mts. veröffentlicht.

Der Entwurf enthält u. a. folgende Bestimmungen: Der Wirtschaftsrat kann zum Zwecke der Wirtschaftslenkung Anordnungen erlassen und Rohstoffe, Waren, landwirtschaftliche Erzeugnisse, Nahrungs- und Genußmittel allgemein beschlagnahmen. Soweit der Wirtschaftsrat diese Befugnisse nicht ausübt, können die Länder Beschlagnahmen verfügen.

Beabsichtigt ein Land Anordnungen oder Beschlagnahmen zu erlassen, so gibt es dem zuständigen Direktor davon Kenntnis. Dieser kann hiergegen innerhalb von zwei Wochen nach Eingang der Mitteilung Einspruch erheben, wenn nach seiner Ansicht Anordnungen oder Beschlagnahmen für mehr als ein Land erforderlich oder die beabsichtigten Anordnungen oder Beschlagnahmen mit den Grundsätzen des Wirtschaftsrates nicht vereinbar sind. Über den Einspruch entscheidet der Exekutivrat. Gibt der Exekutivrat dem Einspruch statt, weil er eine Anordnung für mehr als ein Land für notwendig hält und trifft der Wirtschaftsrat innerhalb von zwei Monaten keine Regelung, so kann das Land die beabsichtigten Anordnungen erlangen.

Der zuständige Direktor erläßt mit Zustimmung des Exekutivrates die Ausführungsanordnungen zu den Anordnungen des Wirtschaftsrates. Sofern die Zuständigkeit von mehr als einer Verwaltung berührt wird, erläßt der Exekutivrat die Ausführungsanordnungen.

Die Anordnung des Wirtschaftsrates und des Exekutivrates und der Direktoren werden durch die Länder ausgeführt. Der Wirtschaftsrat kann die Ausführung seiner Anordnungen dem Exekutivrat oder den Direktoren übertragen.

Die Direktoren können die Ausführung der Anordnung des Wirtschaftsrates und der Ausführungsanordnungen des Exekutivrates durch die Länder überwachen und hierzu allgemeine Ausführungsanweisungen erlassen. Anordnungen über die Verteilung von Waren an den Letztverbraucher und Verfügungen, die sich an Personen oder Unternehmungen richten, erlassen in der Regel die Länder.

Den Behörden, die mit der Ausführung der Anordnungen beauftragt sind, muß auf Verlangen Auskunft über wirtschaftliche Verhältnisse gegeben werden.

Hat jemand eine nach dem Gesetz strafbare Handlung wissentlich und gewissenlos aus grobem Eigennutz begangen, so kann das Gericht ihm neben der Strafe auf dem Gebiet, auf dem die strafbare Handlung begangen worden ist, die Betätigung oder die Führung eines Betriebes auf die Dauer von mindestens einem oder höchstens fünf Jahren oder sie von Auflagen abhängig machen. Wird dem Schuldigen die Führung des Betriebes ganz untersagt, so kann das Gericht seine Fortführung durch einen Treuhänder anordnen.

Wird im Betrieb eines Unternehmers eine nach dem Gesetz strafbare Handlung begangen, so kann die zuständige Behörde (Exekutivrat, Direktor oder Land) gegen den Inhaber oder Leiter eine Ordnungsstrafe festsetzen, sofern dieser nicht nachweist, daß er die erforderliche Sorgfalt zur Verhütung der strafbaren Handlung angewandt hat. In den Schlußbestimmungen des Gesetzentwurfes wird festgelegt, daß mit Inkrafttreten dieses Gesetzes folgende Verordnungen außer Kraft treten: Die Verordnung über den Warenverkehr in der Fassung vom 11. Dezember 1942 (Reichsgesetzblatt I, Seite 686).

Die Verordnung über den Warenverkehr des Zentralamtes für Wirtschaft in der britischen Zone vom 4. Oktober 1946. Die ersten beiden Paragraphen der großhessischen Verordnung über wirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen vom 19. Dezember 1945.

## UN vor einer schweren Probe

**New York, 24. Sept.** (Dena-INS) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie richtete in der Sitzung am 23. September in der UN-Vollversammlung einen dringenden Appell an die Großmächte, sie sollten zum Wohle des Weltfriedens bereit sein, Kompromisse zu schließen.

Die Spaltung zwischen Ost und West stelle die Vereinten Nationen vor eine schwere Probe.

## Jugoslawiens Ansprüche von der Sowjetunion befürwortet

**Wien, 24. Sept.** (Dena-Reuter) Der jugoslawische Delegierte bei der Viermächte-Kommission zur Behandlung des österreichischen Staatsvertrages, Nikolai Kyril Nowikow, befürwortete in der Sitzung des Ausschusses am 23. d. Mts. die territorialen Forderungen Jugoslawiens gegen Österreich in vollem Umfange. Jugoslawien beansprucht bedeutende Teile Kärntens und der Steiermark und fordert das Selbstbestimmungsrecht der kroatischen Minderheiten in der Provinz Burgenland an der östlichen österreichischen Grenze.

## Im Telegrammstil

**New York.** Die allgemeine Debatte der UN-Vollversammlung endete am 23. d. M. auf die gleiche Weise, in der sie begonnen hatte: Mit der Forderung auf Abschaffung des Vetorechts durch den Delegierten Ecuadors Neftali Ponce. Weiterhin wurde beschlossen, die Griechenlandfrage sowie die Erörterung der Revision des italienischen Friedensvertrages in die Tagesordnung der UN aufzunehmen (Dena-Reuter).

**New York.** Die UN-Vollversammlung beschloß am 23. d. Mts. die Schaffung eines besonderen Palästina-Ausschusses. (Dena-Reuter)

**Bratislava.** In der Slowakei ist, wie Ceteka meldet, am 22. Sept eine neue Verschwörung aufgedeckt worden, an der höchste politische Kreise einschließlich mehrerer Parlamentsmitglieder beteiligt sein sollen. (Dena)

**Wien.** Die Vereinigten Staaten wiesen am 22. Sept. die sowjetische Forderung zurück, wonach Österreich Kärnten und die Steiermark an Jugoslawien abtreten soll. (Dena-INS)

**Budapest.** Der ehemalige Leiter der ungarischen Sozialdemokraten, Charles Peyer, hat am 23. d. M. eine neue Partei, die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei" gegründet (Dena-Reuter).

**Budapest.** Das neue ungarische Kabinett, bestehend aus 5 Kommunisten, 4 Angehörigen der kleinen Landwirtspartei, 4 Sozialisten und 2 Mitgliedern der nationalen Bauernpartei, wurde am 23. d. M. gebildet (Dena-Reuter).

**Sofia.** Der bulgarische Oppositionsführer Nikola Petkoff wurde in der Nacht zum 23. September hingerichtet. Das amerikanische Außenministerium wandte sich in einem Kommunique scharf gegen die Hinrichtung und bezeichnete den Prozeß als eine „Justizkomödie". (AP-Dena)

**Belgrad.** Insgesamt 55 Delegierte von 52 Nationen einschließlich der Sowjetunion, nahmen hier am Mittwoch an der Eröffnungssitzung der europäischen Roten-Kreuz-Konferenz teil, die sechs Tage dauern wird (Dena-Reuter).

**München.** Der bisherige Staatssekretär im bayerischen Sonderministerium Camille Sachs (SPD) der vor seiner Berufung zum Staatssekretär, Landgerichtspräsident von Nürnberg/Fürth war, wurde am Montag formell vom bayerischen Justizministerium beurlaubt und als Beamter an das Sonderministerium überwiesen. (Dena)

**Frankfurt.** Der bisherige Oberbürgermeister von Jena, Heinrich Mertens, der kürzlich aus der Sowjetzone floh, beschuldigte in Frankfurt a. M. am 23. d. M. in einem Interview, in dem er die Gründe für seine Flucht darlegte, die SED, sie stelle Parteipolitik über das Wohlergehen Deutschlands (Dena).

**Frankfurt.** Das letzte amerikanische Kriegsgefangenen-Entlassungslager der amerikanischen Armee in Dachau wird am 1. Oktober geschlossen werden, wie das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte für Europa am Dienstag bekanntgab (Dena).

**Bad Nauheim.** Zum Nachfolger des am 27. d. M. von seinem Amt als Oberbefehlshaber der britischen Zone zurückgetretenen Luftmarschalls, Sir Sholto Douglas, wurde Generalleutnant Sir Brian Robertson ernannt (Dena).

**Berlin.** Der alliierte Kontrollrat in Deutschland hat die Wiederaufnahme der Prägung neuer Münzen genehmigt, um dem gegenwärtigen Mangel an Kleingeld abzuhelfen. (AP)

**Flensburg.** Ein Gesuch dänisch gesinnter süd-schleswigscher Persönlichkeiten, wonach die Süd-Schleswig-Frage auf die Tagesordnung der Londoner Konferenz gesetzt werden soll, wurde am 22. d. Mts. im Hauptquartier der britischen Kontrollkommission in Kiel mit der Bitte um Weiterleitung an die britische Regierung abgegeben. (Dena-DPD)

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# KURZE STADTNOTIZEN

**Vorfahrtsrecht für Kraftfahrzeuge der Polizei und Feuerwehr.** Nach § 48 der Str.VO. haben alle Verkehrsteilnehmer für Kraftfahrzeuge der Polizei, Feuerwehr und amerikanische Militärpolizei, die sich durch besondere Signale bemerkbar machen, bei ihrer Annäherung freie Bahn. Alle Fahrzeugführer haben zu diesem Zweck rechts heranzufahren und vorübergehend zu halten. Bei Straßenbahnhaltestellen haben die Wartenden oder Aussteigenden die Fahrbahn ebenfalls freizumachen.

**Das Straßenbauamt Karlsruhe** befindet sich seit 16. September 1947 in der früheren Grenadierkaserne in Karlsruhe, Moltkestraße 12, Bau D.

**Benützung von Wohnräumen zu gewerblichen Zwecken.** Das Wohnungsamt weist darauf hin, daß alle Inhaber von Räumen, die nach ihrer Art Wohnräume sind (einschl. Mansarden), oder zu irgend einem Zeitpunkt als solche benutzt waren, und zur Zeit mit oder ohne Genehmigung des Wohnungsamtes zu gewerblichen oder beruflichen Zwekken Verwendung finden, die Weitergenehmigung dieser Räume unter Verwendung des beim Wohnungsamt Karlsruhe, Kapellenstraße 7, Zimmer 1, (Auskunft) aufliegenden Vordrucks neu zu beantragen haben. Alles nähere ist aus dem Amtsblatt ersichtlich.

**Schluß mit den Sommerbädern.** Das Rheinstrandbad Rappenwört, Rheinhafenbad und Durlacher Bad sind ab Sonntag, den 28. September 1947, 19 Uhr geschlossen.

**Freiwilliger Ehrendienst.** Der Treffpunkt zur Ableistung des Ehrendienstes am Samstag-Nachmittag (27. 9. 1947) ist auf 13 Uhr Baracke am Schloßplatz — Ecke Lammstraße — festgesetzt.

**Die jüdische Gemeinschaft** feiert in diesen Tagen wieder eines ihrer höchsten religiösen Feste, das Versöhnungsfest, das den Charakter eines Bußtages hat, der ganz im Fasten und Gebet und zwar ununterbrochen in der Synagoge, begangen wird.

**Eruropa-Bund.** „Es kommt uns vor allem auf das Ziel — Europa — an. Wer darauf zugeht, ist willkommen, mag er auch eigne Wege gehen.“ In diesem Satz, der bei der Versammlung des Europa-Bundes im „Weißen Berg“ am 23. d. Mts. fiel, ist die Toleranz gegenüber ähnlichen Bestrebungen ausgesprochen. Allerdings hat der Europa-Bund nach vollzogenem Anschluß anderer Gruppen nunmehr die Mitgliederzahl von 400 000 erreicht. Nach Wahl des Landrats Groß zum Vorsitzenden und Direktor Merkel zum geschäftsführenden Vorsitzenden wurden Methoden und Wege der Verbreitung seiner Gedanken lebhaft erörtert. Das Ziel ist: über Marshall-Plan und europäischer Zoll-Union hinaus zu einem europäischen Staatenbund zu gelangen, damit Kriege zu verhindern und einen wechselseitigen Austausch von Gütern, Gedanken und Menschen zu ermöglichen. H. B.

**Konradin-Kreutzer-Bund.** Der auf 28. September vorgesehene Unterhaltungsabend muß aus technischen Gründen auf einen späteren Zeitpunkt verlegt werden.

**Der Verband der Körperbeschädigten,** Ortsgruppe Durlach, veranstaltete am Samstag in der Festhalle Durlach unter dem Motto „Trotzdem Lachen“ einen Bunten Abend, der ein voller Erfolg wurde. W. B.

**Verkehrsunfälle:** Als auf der Ettlinger-Allee ein Personenkraftwagen nach links in die Nürnbergerstraße einbog, mußte der Führer eines nachfolgenden Personenkraftwagens, der gerade überholen wollte, zur Vermeidung eines Zusammenstoßes in voller Fahrt ebenfalls nach links einbiegen. Hierbei kam sein Kraftwagen ins Schleudern und überschlug sich. Der Kraftwagenführer erlitt schwere Verletzungen und der Kraftwagen schwere Schäden. Bis die Städt. Feuerwehr den Kraftwagen geborgen hatte, blieb der Bahnverkehr der Albtalbahn etwa eine halbe Stunde gestört. — Auf der Kaiserstraße wurde ein Fußgänger, der bei der Haltestelle Waldhornstraße einer abfahrenden Straßenbahn zueilte und dabei unvorsichtig über die Fahrbahn sprang, von einem Personenkraftwagen erfaßt und schwer verletzt.

# Fischzuteilungen für US-Zone gesperrt

### Fortgesetzte Benachteiligung der süddeutschen Länder in der Fischversorgung

Durch die äußerst knappen Futtermittel mußte eine einschneidende Verringerung des Viehbestandes in der US-Zone verfügt werden. Material und Anlagen zur Konservierung stehen nur beschränkt zur Verfügung, und deshalb wurden unterschiedliche Mengen an Fleisch (in Baden bis jetzt 200 g) als Vorgriff für spätere Zuteilungsperioden aufgerufen. Diese Maßnahme veranlaßte Ministerialdirektor Podeyn beim Ernährungs- und Landwirtschaftsrat der britisch-amerikanischen Zone zur Sperrung sämtlicher Fischzufuhren nach der US-Zone. Wenn die Trockenheit nur in der amerikanischen Zone zu solch einschneidenden Schlachtungen führte, während die Futtermittellage in der englischen Besatzungszone durch Niederschläge sich nicht so katastrophal auswirkte, und deshalb keine ähnlichen Maßnahmen notwendig waren, dann scheint die Sperrung der Fischzufuhr umso unverständlicher. Im übrigen gelten für beide Zonen die gleichen Rationssätze. Merkliche Unterschiede sprechen nicht dafür. In der 102. Periode kürzte beispielsweise Ministerialdirektor Podeyn die Fischzuteilung für die US-Zone um ein Viertel, weil im Süden Eier (ein Ei in Karlsruhe) zur Ausgabe gelangten. Es ist bekannt, daß 10 000 erfaßte Schweine in der britischen Zone plötzlich unauffindbar waren.

Der Vorsitzende des Fischgroßhandels in Württemberg-Baden, Stadtrat Willi Schopf, richtete wegen fortgesetzter Benachteiligung folgendes Schreiben an den Ministerialdirektor Podeyn beim Ernährungs- und Landwirtschaftsrat in Frankfurt:

In der 100. Zuteilungsperiode hatten die süddeutschen Länder einen erheblichen Rückstand an Fischwaren. Trotzdem wurde in diesem Zeitraum die britische Zone bereits auf die 101. Zuteilungsperiode ausbeliefert. In der 101. Zuteilungsperiode wurden die süddeutschen Länder mit Fischwaren nur ganz geringfügig beliefert; dagegen wurde die britische Zone in dieser Zuteilungsperiode voll ausbeliefert. Nach Erklärungen der Hauptgeschäftsstelle Fischwirtschaft, Hamburg, durften die von den Engländern angeblich eingekauften Fische nicht nach der US-Zone geliefert werden. Dagegen hat die englische Zone, die aus amerikanischen Mitteln gekauften Weizenlieferungen an die süddeutschen Länder zum Teil auf dem Transport nach Süddeutschland beschlagnahmt. Nachdem die beiden Zonen zusammengelegt waren, galt als oberster Grundsatz: Gleiche Rationssätze in beiden Zonen. Eine einseitige Benachteiligung der süddeutschen Länder durch die Nichtbelieferung mit Fischen ist gegeben.

In der 102. Zuteilungsperiode wurden auf Veranlassung von Ministerialdirektor Podeyn den süddeutschen Ländern ein Viertel der Gesamtzuteilung an Fischen gestrichen mit dem Hinweis, in Süddeutschland seien Eier als Ersatz für Fische ausgegeben worden (in Karlsruhe bekamen wir 1 Ei!). Es tritt nun die Frage auf: Was hat die britische Zone mit den dort erzeugten Eiern getan, wurden diese überhaupt erfaßt und wem wurden sie zugeteilt?

Auf den Einspruch der süddeutschen Länder hin wurde durch die Hauptgeschäftsstelle bestätigt und festgelegt, daß die in der 101. Zuteilungsperiode nicht gelieferten Fische in der 104. Zuteilungsperiode nachgeliefert werden. Die Nachbelieferung steht heute noch aus, und nun wird erklärt, daß infolge Mangel an Fischen die Ausbelieferung nicht möglich ist.

Für das hiesige Versorgungsgebiet sind 200 g Fleisch als Vorbelieferung aufgerufen. Diese Maßnahme veranlaßte den Ministerialdirektor Podeyn am 20. September 1947 mit sofortiger Wirkung sämtliche Fischzuteilungen für die süddeutschen Länder zu sperren. Ein erneuter Beweis, die süddeutschen Länder unter allen Umständen gegenüber der britischen Zone in Nachteil zu setzen.

In Hamburg und in weiteren größeren Gebieten der britischen Zone wurde bereits in der 1. Woche der 105. Zuteilungsperiode die gesamte Zuteilungsmenge an Kartoffeln aufgerufen und verteilt. Zur Zeit werden in der britischen Zone bereits Einkellerungen der Winterkartoffeln vorgenommen. Im hiesigen Versorgungsgebiet wartet die Bevölkerung noch zum Teil auf die Belieferung mit Kartoffeln aus der 1. Woche der 105. Zuteilungsperiode. Bekannt ist auch, daß die englische Zone die ihr auferlegte Auslieferungsquote an Kartoffeln nach Süddeutschland ungefähr nur zur Hälfte erfüllt hat. Es fragt sich, wo sind die erzeugten Kartoffeln hingekommen?

Wir sind nicht gewillt, sämtliche Maßnahmen ohne einen Widerspruch hinzunehmen und treten mit diesen Fragen deshalb an die Öffentlichkeit. Es ist hinlänglich bekannt geworden, daß fast alle Industrieerzeugnisse der britischen Zone für private Kompensationsgeschäfte der Geschäftsinhaber, sowie der Arbeiter und Angestellten verwendet werden.

Die Stadt Karlsruhe, die südlich und westlich 7 km von der französischen Zone begrenzt wird, liegt in einem toten Winkel und hat infolge ihrer wirtschaftlichen Struktur keine Möglichkeit, durch private Kompensationen ihren Lebensunterhalt auch nur geringfügig zu verbessern.

Ähnliche Vorkommnisse sind aus anderen Ernährungszweigen bekannt. Es wird damit aufgezeigt, daß sich die süddeutschen Länder langsam darüber klar werden müssen, daß wesentliche Fragen beim Ernährungs- und Landwirtschaftsrat auf Kosten der süddeutschen Länder behandelt werden. P. S.

# Helft am Wiederaufbau der Stadt!

Die im Zusammenhang mit der Hitzeperiode notwendig gewordene Stromsperre ab 15. September 1947 für sämtliche Betriebe der Industrie, des Handels und Gewerbes veranlaßt mich, die Belegschaften der davon betroffenen Betriebe für die Dauer dieser Zeit zur Ableistung ihres freiwilligen Ehrendienstes aufzurufen.

Alle der Ableistung des Ehrendienstes für den Einzelnen entgegenstehenden Schwierigkeiten sind mir seit langem wohl bekannt. Trotzdem können wir die notwendigen Arbeiten, die zur Zeit durchführbar sind, nicht liegen lassen. Karlsruher Männer, meldet Euch deshalb umgehend beim Arbeitsamt für den freiwilligen Ehrendienst!

Die Dauer der Arbeitsleistung ist festgesetzt:

1. für Männer, die nicht unter das Befreiungsgesetz fallen, bis 12 Arbeitstage,
2. für Männer, die unter das Befreiungsgesetz fallen, bis 30 Arbeitstage.

Bei der Meldung ist anzugeben, ob die Bezahlung vom bisherigen Betrieb weiter übernommen wird oder ob diese durch die AAK erfolgen soll.

Der Oberbürgermeister.

**Berichtigung:** Zu der am 13. September 1947 berichtete Festnahme der Einbrecher, die u. a. auch einen Polizeibeamten beim Feldschutzdienst niedergeschossen hatten, haben die Ermittlungen inzwischen ergeben, daß es sich nicht um polnische, sondern Ukrainer-Zwangsverschleppte aus dem Lager Ettlingen handelt.

**Goldene Hochzeit.** Die Eheleute Leopold Bohner, Bulach, Litzenhardstraße 67, feierten am vergangenen Sonntag das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Der Oberbürgermeister ließ dem Jubelpaare die herzlichsten Glückwünsche nebst einer Ehrengabe übermitteln. Das Fest ihrer goldenen Hochzeit feiern am 25. Sept. Bernhard und Katharina Hodapp, Rüppurrerstr. 49.

## Unterschiedliche Kartoffelzuteilungen

Wir haben dies schon oft an eklatanten Beispielen der schlechteren Versorgung mit Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgütern, vor allem gegenüber Nordwürttemberg, nachgewiesen, von Bayern gar nicht zu reden. Neuerdings ist es die Kartoffelzuteilung, die zu berechtigten Klagen Anlaß gibt. Sind die Kartoffeln heuer schon mager genug ausgefallen, so muß das Wenige mindestens gerecht verteilt werden, besonders innerhalb der Grenzpfähle des verfassungsmäßig zu einem einzigen Gebilde zusammengeschweißten württembergisch-badischen Staates. Während in Württemberg bereits die ganze 105. Zuteilungsperiode mit Kartoffeln beliefert ist, warten bei uns in Baden noch viele auf die Kartoffelzuteilung der 4. Woche der 104. Kartenperiode und noch mehr auf die der aufgerufenen 1. Woche der 105. Periode.

Nun gibt dieser Tage das Ernährungsministerium in Stuttgart bekannt, daß alle Rückstände der 104. und 105. Periode nicht mehr mit Kartoffeln beliefert werden, sondern ein Aufruf auf die 1. Woche der 106. Kartenperiode erfolgen soll. Es werde jedoch versucht, die nicht mit Kartoffeln belieferten Abschnitte der 104. und 105. Periode mit andern Lebensmitteln (Mehl, Brot) in einem entsprechenden Verhältnis zu honorieren. Wir sind der Ansicht, daß es mindestens innerhalb des Staates Württemberg-Baden hätte möglich sein müssen, einen Kartoffelausgleich herzustellen. In Bayern wurde die 106. Periode voll mit Kartoffeln beliefert. L. A.

## Lebensmittelaufruf für die dritte Woche

In Württemberg-Baden werden in der 3. Woche der 106. Zuteilungsperiode folgende Lebensmittelrationen aufgerufen: Brot: Erwachsene 2500 g, Jugendliche und Kinder je 3000 g, Kleinkinder 1500 g, Kleinstkinder 700 g und Säuglinge für die 3. und 4. Woche zusammen 1000 g. Nährmittel: Erwachsene und Jugendliche je 250 g, Klein- und Kleinstkinder je 500 g und Säuglinge insgesamt 1000 g für die 3. und 4. Woche. Fleisch: Sämtliche Altersgruppen mit Ausnahme der Säuglinge erhalten je 100 g. Fett: Erwachsene 50 g, alle anderen Altersgruppen einschließlich Säuglinge je 100 g.

**Taubenflugsperre.** Für Tauben aller Art ist bis zum 15. November ds. Js. der Freiflug gesperrt. Es ist verboten, während der Herbsteinsaat in Karlsruhe einschl. der Vororte, die Tauben frei fliegen zu lassen.

## Wie wird das Wetter?

**Wetterbericht v. Amt für Wetterdienst K'he**

**Unfreundlich und kühl.** Vorhersage bis Freitagabend. Überwiegend stark bewölkt, zeitweise auch etwas Regen oder Schauer, nachts örtlich aufklärend. Höchsttemperaturen 14—17 Grad, Tiefsttemperaturen 4—7 Grad. Meist schwache Luftbewegung.

**Rheinwasserstände**

23. Sept.: Konstanz 280 (—1); Breisach 92 (+8); Kehl 120 (—8); Maxau 297 (—1); Mannheim 170 (+ —0); Caub 65 (—2). 24. Sept.: Konstanz 280 (+ —0); Breisach 96 (+4); Kehl 120 (+ —0); Maxau 298 (+1); Mannheim 166 (—4); Caub 69 (+4).

# Arbeitskraft und Arbeitseinsatz

### Soll der Kurzarbeiter zu anderer Arbeit herangezogen werden?

In der Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung vom 7. 12. 1946, herausgegeben vom Arbeitsministerium, kommt zum Ausdruck, daß die Kurzarbeiter zu anderen Arbeitsleistungen herangezogen werden können. Der § 6 lautet: „Kurzarbeiterunterstützung ist soweit nicht zu gewähren, als der Kurzarbeiter in den ausfallenden Arbeitsstunden andere entgeltliche Arbeit verrichtet. Sie ist zu versagen oder zu entziehen, wenn dem Kurzarbeiter vom Arbeitsamt eine andere zumutbare Arbeit zugewiesen wird.“

Vom 1. Oktober 1947 an soll eine neue Verordnung zur Anwendung kommen, die den anderweitigen Einsatz noch schärfer umgrenzt. Die Anwendung der Bestimmungen über die Gewährung der Kurzarbeiterunterstützung bringt z. Zt. viel Unstimmigkeiten mit sich. Die Arbeitsämter haben nun die Aufgabe, der Verordnung Geltung zu verschaffen. Zunächst ist dem Arbeitgeber die Verpflichtung auferlegt, Arbeiten die ohne Strom ausführbar sind, während der jetzigen Stromsperre zu leisten. Überall, wo die Möglichkeit besteht, sollen Arbeitgeber und Betriebsräte versuchen, ohne Kurzarbeit Ausfüllarbeiten zu verrichten. Ist aber ein Aussetzen oder Kurzarbeiten unvermeidlich, so ist damit zu rechnen, daß die Arbeitskräfte aufgefangen und in dringender, zumutbarer Arbeit eingesetzt werden. Bei den gegenwärtig günstigen Witterungsverhältnissen ist es dringend geboten und volkswirtschaftlich vertretbar, daß Notstandsarbeiten allerorten, auch in den Landgemeinden, durchgeführt werden. Wer sich der Notwendigkeit dieser Tatsache verschließt, kann nicht mit Unterstützungsgeldern rechnen. Dabei erbitten die Arbeitsämter die Unterstützung des ADGB und der Betriebsräte. Wir sind so arm geworden und haben so vordringliche Aufgaben zu erfüllen, daß wir es uns nicht gestatten können, ohne Gegenleistung Gelder auszugeben.

Im vorigen Jahr wurde an viele Tausende Unterstützung ausgezahlt weil die Stromsperre und die Frostperiode zeitlich zusammenfielen, also die Kräfte nicht anderweitig eingesetzt werden konnten. Es kommt die Zeit, in welcher der Kampf um die Arbeitskraft abgelöst wird durch den Kampf um den Arbeitsplatz. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, in welchem die Zahlung der Unterstützung unvermeidbar wird. Im Augenblick müssen die freiwerdenden Arbeitskräfte eingesetzt werden um der Reichsbahn die notwendigen Arbeiter zum instandsetzen des Wagenmaterials zu stellen. Wir können noch einen beträchtlichen Teil Schutt aus unserer Stadt entfernen. Auch das Baugewerbe ist weiterhin aufnahmefähig. Holz kann aus den Wäldern herausgeholt, die Straßen in Ordnung gebracht werden. Hierfür sind vor allem die Landgemeinden zuständig. Es gibt viele Dinge, die ein Bürgermeister einer Landgemeinde in Angriff nehmen kann, denn auch auf dem Lande gibt es brachliegende Arbeitskräfte. Wir haben die Hoffnung, daß die Arbeiterschaft, die der Demokratie bisher in dankbarer Anerkennung beim Wiederaufbau behilflich war, auch diesmal Verständnis aufbringt und dort einspringt, wo es notwendig ist. Wir stehen vor einem Winter, der uns vor schwierige Aufgaben stellt. Es folgen ein Frühjahr und ein Sommer bis zur neuen Ernte im Jahre 1948, die überbrückt werden müssen. Da muß jeder seine Pflicht erfüllen. Haltet nichts zurück. Liefert ab, was Ihr nicht selbst zu Eurer eigenen Ernährung braucht. Es ist nicht notwendig, daß Ihr Euch Dinge zulegt, die Ihr im Augenblick entbehren könnt. Ihr wißt ja selbst, daß Ihr nur dann lebensfähig bleibt, wenn auch das Stadtvolk zu leben hat. Jetzt gilt es, alle Kräfte anzuspannen um der Not einigermaßen zu begegnen. Die Regierung und der Landtag müssen mit entsprechenden Maßnahmen die Voraussetzungen dafür schaffen und das Volk in Stadt und Land muß sich gemeinsam der Not entgegenstellen.

# Um die Schach-Stadtmeisterschaft

**Ulmer und Becker noch ohne Punktverluste.** Nach der 4. Runde ist der Stand folgender: Meisterklasse: Ulmer 4; Becker 3½; Schüler 3; Knopp, Meier, Wolf, je 2½; Spang 2; Metzger, H. Weißinger je 1½ u. (H); Rodeck, Riemer, Hefter, Mohr, je 1½; Ebert, Krieger, je 1 u. (H); Kälber, Matter, Schützle 1 Punkt. Nebenklasse: Schnellbach 4; Weiler, Fuchs, Regenscheit, Jäger je 3 Punkte.

Die 5. und 6. Runde wird am kommenden Samstag und Sonntag, 27. und 28. September im Gasthaus zum „Kranz“ (Durlach) ausgetragen. (Samstag 15—19 Uhr, Sonntag 8 bis 12.30 Uhr.) G. B.

**Tischtennis.** Das gut organisierte Bruchsaler Herbst-Tisch-Tennis-Turnier vereinigte am 20. und 21. September die Spitzenmannschaften der Kreise Karlsruhe und Bruchsal zum Kampf um den Preis der Stadtverwaltung Bruchsal. Für die beteiligten Karlsruher Vereine wurde die Veranstaltung zum vollen Erfolg. Die Mannschaft des ASV Durlach mit den Spielern Baumstieger, Kober, Pasche, Henkenhaf, Scheidemantel und Schwab sicherte sich den Turniersieg im Entscheidungskampf mit 7:2 gegen die Mannschaft des FC West Karlsruhe.

**Die deutsche Geher-Meisterschaft** über 25 km Gehen gewann der Berliner Bleiweiß in 2 Std. 8,4 Min. vor Grittner, Köln. Im 20 km Lauf gewann der Bochumer Legge in 1 Std. 28 Min. vor dem Titelverteidiger Bern, Frankfurt, 1,929.

**Deutschlands beste Hammerwerfer** trafen sich in Fulda. Es siegte Storch, Fulda, mit 56,73 m vor Hein, Hamburg, 56,07 m, Wolf, Karlsruhe, 51,37 m und Hausmann, München, 50,76 m. — In Velbert lief der einheimische Krämer die 100 m in 10,6 und siegte damit vor dem deutschen Meister Fischer, Krefeld, 10,7. — In Lübeck erreichte der Kieler Macke mit 1,94 m eine beachtliche Höhe.

**Die Europameisterschaft** im Bantamgewichtsboxen wurde in Manchester ausgetragen. Peter Kane, Englands Fliegengewichtsweltmeister, entthronte den Franzosen Medina durch Punktsieg.

**Im Fußball-Städtespiel** gewann im Düsseldorfer Rheinstadion vor 35 000 Zuschauern Düsseldorf mit 1:0 über Berlin.

**In Paris-Versailles** gewann der italienische Meister Coppi mit 38,45 Std./km den großen Preis der Nationen für Berufsfahrer vor dem französischen Meister.

# DIE WIRTSCHAFT

## Aus der südbadischen Wirtschaft

Den Mitteilungen des Landesarbeitsamts Baden ist zu entnehmen, daß im Metallgewerbe der Koks- und Kohlenmangel nur vereinzelte Betriebseinschränkungen verursachte. Dagegen wurde verschiedentlich über ein sehr erhebliches Absinken der Arbeitsleistung und damit der Produktion geklagt. Auch der Ausfall an Kräften durch Krankheit, Holzeinschlag, Urlaub zur Landarbeit und unbezahlten Urlaub ist von Bedeutung. In einem Metallbetrieb im Bezirk Konstanz mit 200 Arbeitskräften wurden statt der festgesetzten 40 Wochenarbeitsstunden aus den erwähnten Gründen durchschnittlich nur 28 gearbeitet. Aus dem Bezirk Lörrach werden Firmenaufträge auf Herstellung von 400 Feldschmieden für Frankreich gemeldet. Hier liegen ferner Aufträge zur Herstellung von Obstbaumspritzen, Gebläsespritzen zur Kartoffelkäferbekämpfung und Trockenschränken für Obst und Gemüse vor. Frankreich und die Schweiz erteilten Aufträge zur Herstellung von Textilmaschinen, für die jedoch z. Z. der Rohstoff, insbesondere an Form- und Stabeisen und an Blechen fehlt. — Im Bezirk Villingen liegen umfangreiche Aufträge auf Lieferung von Paginiermaschinen, Starkstromrelais und Stempelapparaten vor, wobei es sich zum Teil um Exportaufträge mit Ausfuhrbewilligung handelt. — Besonders aufnahmefähig für Arbeitskräfte sind Betriebe der Metallbearbeitung und -Verarbeitung im Bezirk Offenburg, die mit der Reparatur von Eisenbahn- und Straßenbrücken, mit der Instandsetzung von Werkzeugmaschinen und der Ausbesserung von Güter- und Personenwagen beschäftigt sind. Die Textilindustrie benötigt auch weiter Arbeitskräfte. Die Arbeit im Textilgewerbe ist im allgemeinen nicht leicht, stellt vielmehr zum Teil erhebliche Anforderungen an die Körperkraft. Daraus ergibt sich, daß selbst in einem Prioritätsbetrieb mit eigener Kantine und Sonderzuteilungen — Zeltefabrik Strohmeyer in Konstanz — Leistungsausfälle von 18 bis 25 % bei leichter und 30 bis 35 % bei mittelschwerer Arbeit festgestellt wurden. Diese Firma ist auch durch Abgabe eines Gummiwalzwerkes behindert und muß einen starken Geschäftsrückgang buchen. — Die Hanfspinnerei und Seilfabrik J. H. Beck in Singen hat wichtige Aufträge für Besatzungsmacht und Prioritätsbetriebe. Rohmaterial wird ihr laufend zugeteilt. — Im Bezirk Lörrach werden Schwierigkeiten in der Beschaffung von Webblättern gemeldet. Die Ausrüstungsanstalten sind hier gut mit Aufträgen versehen. — Die Spinnerei und Weberei Offenburg ist voll beschäftigt und mit Rohmaterial für vier Monate eingedeckt; sie stellt Baumwollgarngewebe im Rahmen des Zonenprogramms 1947 für französische Rechnung her. — Die Erste Deutsche Ramie-Gesellschaft in Emmendingen hat ihren Filialbetrieb in Bonndorf nunmehr eröffnet. (K. W.)

## Die Tätigkeit des Handelsvertreters

Es erscheint angebracht, auf die Rechtsstellung des „Handelsvertreters“ hinzuweisen, der ein Handelsgewerbe betreibt und Kaufmann im Sinne des HGB. (§ 1 Z. 7 und §§ 84—92) ist. Es ist abwegig, den Handelsvertreter etwa zu den freien Berufen zählen zu wollen.

Die Tätigkeit des Handelsvertreters setzt voraus, daß er ständig damit betraut ist, Geschäfte im fremden Namen und für fremde Rechnung zu vermitteln und abzuschließen. — Um dieses Handelsgewerbe ausüben zu können, bedarf es der behördlichen Genehmigung. Einzelheiten darüber sind im Gesetz 64 (Lizenzierungsgesetz) verankert. Der in Karlsruhe ansässige Handelsvertreter benötigt zur Berufsausübung die Betriebsgenehmigung durch das Wirtschaftskontrollamt und 2. die Gewerbe-Legitimationskarte. Diese Ausweise sind zur Ausübung des Handelsvertreter-Berufes unbedingt erforderlich.

Die Zulassung zum Handelsvertreter-Beruf wird einer strengen Prüfung unterzogen. Der im Geschäftsleben bewährte Handelsvertreter weiß gut, daß durch den chronischen Mangel an Gütern aller Art, wie wir ihn jetzt erleben, sich eine Unzahl von Menschen zum Handelsvertreter-Beruf hindrängt, die glaubt, auf leichte Weise Geschäfte aller Art tätigen zu können. Nachdem Zulassungsanträge für Groß- oder Einzelhandel oder Zulassung als Handelsvertreter abgelehnt worden sind, weil einfach die Voraussetzungen fehlen, reißen alle Stränge, der Schwarzhändler ist geboren. Wird der gefaßt und gibt sich als „Vertreter“ aus, ist schon der ganze Berufsstand der Handelsvertreter in Mißkredit gebracht.

In normalen Zeiten haben die Handelsvertreter in Deutschland nachgewiesenermaßen 80 Prozent des Gesamt-Warenumschlages vermittelt. Es sei darauf hingewiesen, daß die im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe ansässigen und im Handelsvertreter- und Vermittlerverband Württemberg-Baden e. V. — Bezirksgruppe Karlsruhe — zusammengeschlossenen Handelsvertreter im Jahre 1946 bereits wieder Warenumsätze erzielten, die in die Millionen gingen. Daraus ist zu folgern, daß der Handelsvertreter ein unentbehrliches Glied im Kreislauf der Wirtschaft ist und bleiben wird.

Einige Zahlen mögen veranschaulichen, wie sich die Berufsorganisation der Handelsvertreter bereits wieder entwickelt hat. Im Handelsvertreter- und Vermittlerverband Württemberg-Baden e. V. sind 2500 Handelsvertreter organisiert. Die Mitgliederzahl der Landesverbände der britisch-amerikanischen Zone beträgt gegenwärtig rund 25 000. — Die Öffentlichkeit möge aus obigen Darlegungen ihre Schlüsse ziehen. (HV. Württemb.-Baden.)

**Die Vereinigung der in Württemberg-Baden tätigen Versicherungs-Unternehmungen** teilt mit: „Die Vereinigung der in Württemberg-Baden tätigen Versicherungsunternehmungen hat ihre Mitgliedsunternehmungen aufgefordert, dafür zu sorgen, daß jedweder Einbruch in die Bestände der aufgelösten früheren DAF-Gesellschaften unterbleibt und den Gesellschaftsleitungen empfohlen, durch eine Anweisung an ihre Organe sicherzustellen, daß keine Mitarbeiter des Innen- und Außendienstes der aufgelösten Gesellschaften übernommen werden, zumal bereits von den Gewerkschaften und Genossenschaften Nachfolgegesellschaften gegründet worden sind.“

**Produktionsziffern im Kohlenbergbau von Ruhr und Saar.** Die durchschnittliche Tagesförderung des Ruhrreviers lag in der ersten September-Woche mit 242 395 t Kohle um etwa 1 Prozent über der bisher höchsten Förderleistung. Seit dem 10. September ist die tägliche Förderleistung ständig gesunken. Während die Kohlenproduktion am 10. September 243 143 t betrug, erreichte sie am 16. d. Mts. nur noch ein Ergebnis von 240 166 t. — In der französischen Zone wurden im August nach dem gleichen Bericht durchschnittlich 36 223 t Kohle pro Tag gefördert, was eine neue Höchstleistung darstellt. (Dena)

**Die Kaliproduktion der US-Zone im August** betrug über 183 000 t Kali-Rohsalz, aus denen rund 24 700 t Kali-Düngesalz, 6370 Tonnen schwefelsaures Kali und fast 1900 t schwefelsaures Kali-Magnesia hergestellt wurden, gab die US-Militärregierung bekannt. (Dena)

**Stahlproduktion und Eisenerzförderung angestiegen.** Die Stahlproduktion und die Eisenerzförderung sind im August in der britischen Zone angestiegen. Die Rohstahlerzeugung — Stahlrohblöcke und Stahlformguß — erreichte im August 628 414 t. Die Herstellung von Walzstahlerzeugnissen stieg auf 177 709 t an; der Erzbergbau der brit. Zone förderte im August 254 652 t Eisenerz. (Dena)

**Die Erhöhung der Stahlproduktion in der Bizone** auf monatlich rund 320 000 t wird bis November d. J. möglich sein, gab das Verwaltungsamt für Stahl und Eisen am 18. d. Mts. bekannt. Augenblicklich beträgt die Stahlerzeugung im anglo-amerik. Besatzungsgebiet 284 000 t im Monat. Für Lokomotiv- und Waggonreparaturen sollen bis zum Jahresende monatlich 20 000 t Walzstahl bereitgestellt werden. (Dena)

**Duisburger Kupferhütte in Duisburg.** Die Gesellschaft hat jetzt von der britischen Militärregierung die Genehmigung erhalten, die bisher 40prozentige Ausnutzung auf 50 Prozent der Vorkriegsleistung zu erhöhen. Das bedeutet nunmehr 500 000 t gegenüber 1 Million Tonnen vor dem Kriege. (Dena)

**US-Zone produzierte im August über 80 000 Mäntel und Hosen.** Im August wurden in der US-Zone rund 43 000 Paar Hosen und 39 000 Mäntel für Herren und Knaben hergestellt, wie aus vorläufigen Berichten der Militärregierung hervorgeht. Die Herstellung von Damen- und Mädchenkleidern in der US-Zone wird im Berichtsmonat mit 95 000 Stück angegeben. (Dena)

**Schuhproduktion der Bizone.** Die Schuhproduktion in der US-Zone im August stellt sich, nach bisherigen Ergebnissen auf 961 000 Paar. Die Schuhproduktion in der britischen Zone beläuft sich zur Zeit auf etwa 700 000 Paar Schuhe monatlich. (Dena)

**Glas- und Spiegelmanufaktur AG. in Gelsenkirchen-Schalke.** Bei der Gesellschaft wurde 1946 eine Produktionssteigerung erzielt. Die Bruttoverkäufe stiegen auf 3,23 (i. V. 0,65) Mill. RM. Der Rohüberschuß nahm auf 1,95 (i. V. 0,38) Mill. RM zu. Sonstige Erträge erbrachten 0,19 (0,47) Mill. RM. Nach Verrechnung der Aufwendungen, darunter 0,11 (0,10) Mill. RM Anlageabschreibungen, verbleibt ein Gewinn von 274 393 RM, aus dem der Verlustvortrag des Vorjahres von 250 142 RM gedeckt werden kann. 4 251 RM werden vorgetragen. (WID)

**Wicküler-Küpper-Brauerei AG. in Wuppertal.** Für das abgelaufene Geschäftsjahr wird ein Gewinn von 34 706 RM ausgewiesen, der vorgetragen werden soll (i. V. 2% Dividende auf 205 432 RM Gewinn). (WID)

**Dampfschiffahrtsgesellschaft „Neptun“, Bremen.** Die Gesellschaft legte der Hauptversammlung den Geschäftsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr vor, demzufolge in 1946 noch keine nennenswerte Belebung im Überseeverkehr der Gesellschaft zu verzeichnen ist. An der Neugründung der Bremer Maschinenbau GmbH. ist die Gesellschaft mit 20 000 Mark beteiligt. Der Gewinn für 1946 beträgt 8870 Mark, der zusammen mit dem Vortrag aus 1945 von 152 511 Mark mit insgesamt 161 381 Mark vorgetragen wird. Eine Dividende wird nicht erteilt. In der Bilanz per 13. Dezember 1946 werden als Kriegsschäden-Ersatzansprüche 29 705 737 Mark und als Anlagevermögen (Dampfer, Motorschiffe, Leichter) nach Abgang und Abschreibungen 1 857 516 Mark ausgewiesen. Ferner erscheinen verschiedene Rückstellungen mit 24 758 040 Mark und Verbindlichkeiten mit 2 275 625 Mark. (Dena)

**Zeitschrift „Metall“.** Soeben erschien im Metall-Verlag GmbH., Berlin W 15, Düsseldorfer Straße 38, das erste Doppelheft 1/2 der neuen Zeitschrift „Metall“ (Wirtschaft, Wissenschaft, Technik).

**Zeitschrift „Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht“.** Im Verlage Chemie, Heidelberg/Berlin, wird ab Oktober des Jahres die Monatszeitschrift „Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht“ wieder erscheinen.

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US-WB-101. Verantwortl. Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DENA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.


**Wolfram Rössler** ist nach sechs Wochen beglückenden Daseins am 16. Sept. wieder von uns geg. In tf. Schm.: Pet. Rössler u. Fr. Gisela geb. Hartmann, Schlieffenst. 16

**Anni Bottler geb. Bergmann,** uns lb. Mutter, Schwgmtt. u. Großmtt., ist am 19. 9. v. uns geg. In t. Tr.: Anneliese Sütterlin geb. Bottler, W. Sütterlin u. 3 Enkel.

**Käte Geier geb. Klumpp Wwe.** starb nach läng. Krankheit am 21. 9. Beigesetzt am 24. 9. Für Anteilnahme und Blumen dankt Emilie Stübinger Witwe.

**Michael Bohnert,** Schneider, am 22. 9. gest. Beerd. 25. 9., 12.00 Hptfr. Die tr. Hinterbl. Trh.: Schützenstr. 61, III.

**Maria Bidinger,** m. innigstgel. gt. Frau, m. lb. Mutti, ist n. schw. L. v. u. gg. Beerd. Do. 25. 9., 15.00, Rüpp. Fr. In t. Tr.: H. Bidinger u. Georgette m. Vw., Neckarst. 25.

**Ihre Vermählung geben bekannt:**

**Heinrich Gilbert — Elfriede Gilbert geb. Jäckle,** Khe., Nowackanlage 2, Tr.: 27. 9. 47, 10.45, Walhalla, Augartenstr.

**Kurt Dilger — Anneliese Dilger geb. Ehrbrecht,** Khe.-Hagsfeld, Jägerhausstr. 76a. Tr. 27. 9. 12.30, Christuskirche.

**Erich Rüsing — Ruth Rüsing geb. Mattern,** Khe., Hertzstr. 38. Trauung: 27. 9. 47, 11 Uhr, Bonifatiuskirche.

**Karl Ratzel — Hermine Ratzel geb. Redl,** Hochstetten i. B., Hauptstraße 49. 20. September 1947.

**August Heck — Amalie Heck geb. Burkart,** Daxlanden, Pfalzstraße 4, Kirchliche Trauung: 25. 9., 12 Uhr.

**Hans-Helmut Meyer — Erna Meyer geb. Heß,** 25. 9. 1947, Karlsr., Karlstr. 71. Trauung: 11 Uhr, St. Michaelskirche.

**Hans Engel — Liesel Engel geb. Lang-Hardt,** Grillparzerstraße 5. Trauung: 27. 9. 47, 14 Uhr, Markuskirche.

**Gewerkschaftliches / Vereins-Anzeiger / Veranstaltungen**

**Industrieverband Metall, Ortsverw. Khe.:** Die Auszahlg. der Sonderbeihilfe muß bis zum 30. 9. 47 abgeschlossen sein (spätere Ansprüche verfallen)

**Verein d. Hundefreunde:** Monatsvers. am Donnerstag, 25. 9., 20 Uhr, Lokal Weißer Berg, Waldstraße.

**Württ.-Bad. Radio-Club OV. Khe.** Mitgl.-Vers. Do., 25. 9., T. H., Aulab., S. 37. Beg. 19.30. Tech. Vortr. v. OM. Boeld.

**Vortr.: „Das All u. wir“,** v. R. Henseling, Berlin, **Sa., 27. 9., i. Chem.-Te. Inst., 19.30.** Krt. Buchh. Hofmann, Kaiserstr.

**Konzertdirektion Kurt Neufeldt**

**Violin-Abend Hans Rokohl Montag, 29. Sept., 18.30 Uhr, Munzsaal.** Am Flügel: Rut von Haldenwang-Rokohl. Er spielt die Chaconne von Vitali, eine der Solo-Sonaten v. Bach und die große Richard-Strauß-Sonate. Im zweiten Teil kleinere Stücke von Pugnani, Tartini u. Dvorak, in der Kreisler-Bearbeitung, z. Schluß das Rondo-Capriccioso vom Saint-Saens. Karten v. 3.30 bis 5.50 bei Kurt Neufeldt, A. Gräff, Germania-Kiosk u. a. d. Abendkasse. Beg. ber. eine Std. früh. als auf d. Karten steht: 18.30 U.

**Amtliche Bekanntmachungen**

**Abstempelung der Hundefuttermittelkarte.** Die Abstempel. d. Futtermittelk. f. versorgungsber. Hunde wird v. Do., 25. bis Dienst., 30. 9. 47, v. 9—13 Uhr, b. Ernährungsamt Khe.-Stadt. Otto-Sachs-Straße 5, I., Zimmer 10, vorgenommen. Hierb. sind die zu vers. Hunde vorzuf. Bei Rassehunden ist außerd. d. Ahnentafel bzw. Abstammungsnachw. vorzul. Sollten Hunde nicht mehr im Besitz sein, so müssen die ausgeg. Futtermittelk. ohne weit. Aufford. an d. Ernährungsamt zurückgegeb. werd. Übertrag. auf and. Hunde ist nicht statthaft. Khe., 22. September 1947. Ernährungsamt Khe.-Stadt.

**Verloren**

**H.-Armb.-Uhr,** 21.9. Bruchsal, Bhf.-Gelände, v. Bel. Wiedemann, Khe., Nebeniusst. 10.

**H.-Armb.-Uhr** Oststt. vl. Bel. Zimmermann, Kornbl'str. 4.

**Hornbrille** 20.9. vl. Bel. Schultis, Grünw., Kreuzelb'st. 34.

**Dkl. Brille** m. Seit.-Schutz Fichtesch.-Waldst. vl. Hermann, Blankenl., Hptst. 191.

**Geldbeutel** verl. Bel. Focke, Kaiserallee 41, Telef. 7457.

**Brieftasche** (sämtl. Pap. u. 497.-) i. Ettl. vl. Kupczyk, Khe., Forstner-Kaserne.

**Br. Aktent.** 22.9. Rüpp. vl. Bel. v. Lilienfeld, Resedenw. 71.

**H.-Mtl.** 13.9. Bruchs. Moltke-str. abh. gek. Fundb. Bruchs.

**Vermietungen**

**600 qm Werkstätte** (Lagerraum) gg. Aufbauhilfe od. Zuschuß, Nähe Hauptpost, zu vermiet. ✉ 14105 BNN.

**Lagerschuppen** zu vermieten, Klingenfuß, Khe., Karlst. 119.

**Trock. Kellerräume,** ca. 240 qm, in Bhfs.-Nähe, evtl. a. getrennt, zu vermieten. ✉ unter 14199 an BNN.

**Möbl. Zimmer,** behördl. genehm., an berufstät. geb. Herrn zu verm. ✉ 6726 an BNN Bruchsal.

**Vorder-Zimmer,** möbl. oder teilmöbl., in frauenl. Hsh. a. ser., ruh., alleinsteh. Frau zu verm. Etw. Haush.-Mith. ang. ✉ 14236 BNN.

**Möbl. Zimmer** m. fl. Wass. an H. zu v. ✉ 14178 BNN.

**Vollpension,** evtl. f. Ehep., i. Einf.-Hs. geb. b. Aufbau. Beteil. ✉ unt. 14181 BNN.

**2 u. 3 Z.-Wohn.:** F. Wohnh. in Bhf.-Nähe Miet. m. Aufbauh. ges. ✉ 14200 BNN.

**Mietgesuche**

**1—2 Büroräume,** mögl. Stadtmitte u. m. Fspr.-Anschl., v. Fachverb. d. Lbsm.-Br. sof. ges. ✉ 13787 BNN.

**Betriebsräume,** geeign. für Kunst- u. Bauschloss., Eisenkonstr., ca. 120 qm, gesucht ✉ 14087 an BNN.

**Lagerraum,** 60/80 qm, ebener Erde, evtl. mit kl. Büro, zu m. ges. ✉ 14144 BNN.

**Trock. Raum,** Holzgesch., Garage oder Keller für Heu, Str. u. Sägesp. zu miet. g. Rudloff, Khe., Morgenst. 37.

**Werkstätten und Wohnräume** mit ein. Gesamtausmaß bis 300 qm z. Erweiterung meiner Industrie-Fabrikat ges. Mietzins od. Geschäftsbeteiligung nach Vereinbar. ✉ unter 14068 an BNN.

**Lagerräume,** ca. 300—500 qm, schon.Beanspr., mögl. Mühlb. Tor, z. m. g. ✉ 14212 BNN.

**Trock. Lagerraum,** verschließbar, bis 100 qm, evtl. Kellerraum, gesucht. ✉ unter 14115 an BNN.

**Lager- u. Werkstatt-Raum,** ca. 100—250 qm, Khe.-Weststadt., mögl. Rheinh., ges. Auch Angebot and. Lage. Kyffhäuser-Landmaschinenbau- u. Handelsgesellschaft, Khe., Kriegsstraße 246.

**Ca. 400 qm Gew.-Räume** von Dresd. Zigarettenfabrik für Zweigbetr. ges. Eil✉ unter 4534 an Wema Ann.-Exp., H. Cramer, Mannheim, B 4, 8.

**500—2000 qm Fabrikräume,** auch unterteilt, v. nordd. Werkz.-Fabr. ges., die Verlag. n. Südd. beabsichtigt. ✉ 1855 an Paul Schmidt, Ann.-Exp., (22a) Düsseldorf, Benrather Straße 1.

**200—400 qm Fabr.- u. Lagerräume** sowie Wohnraum f. 1—2 Fam. ges. v. Berliner Untern. d. Beleucht.-Br., d. die Lampenschirm-Fabr. in d. Westzone verleg. will. Beteil. erwünscht Masch., Ware, Kap. vorh. ✉ 2569 an Anz.-Verm. Marowsky, Brée, Minden i. Westfalen, Postfach 380.

**Halle,** mind. 10×15 m, zur Fabr. v. Fertigbauteil. in Khe. u. Pfh. v. Bauuntern. gesucht. ✉ 13849 an BNN.

**Garage** od. Raum z. Unterst. (Motorr.) z. miet. gesucht. Rassenberg, Vincentiusst. 8.

**Leeres Zimmer** in gt. Hause v. jg. Herrn ges. ✉ unt. 14256 an BNN.

**Leeres Zimmer** für alleinst. Dame dring. zu mieten gesucht. Tel. Khe. 4942.

**Leeres Zimmer,** m. Kü., sof. zu miet. g. ✉ 14185 BNN.

**Leerzimmer** m. K.-Ben. v. Beamtenw. ges. ✉ 14288 BNN.

**Leerzimmer,** heizb., v. jüng. Frau ges., evtl. b. Pflege frlos. Haush. ✉ 14267 BNN.

**Leer. oder möbl. Zimmer** mit Kochgel. v. jg. Ehep. gesucht. ✉ 14507 an BNN.

**Möbl. Zim.,** hzb., v. Archit.-Stud. ges. ✉ 14293 BNN.

**Möbl. Zimmer** v. Stud. ab 10. 10. ges. Gute Bezahl. ✉ unter 14248 an BNN.

**Möbl. Zimmer** v. Schauspiel. ges. Bennent, Staatstheater Karlsruhe.

**Möbl. Zimmer** v. grö. Untern. für Mitarbeiter gesucht. ✉ unter 14508 an BNN.

**Möbl. Zimmer** v. Ausl.-Student ges. ✉ 14123 BNN.

**Möbl. Zimmer** in gt. Lage, harmon. Häuslichk., von Kfm. ges. ✉ 14180 BNN.

**Möbl. Zimmer** sof. v. Ausl.-Student ges., mögl. Südweststadt. ✉ 14195 BNN.

**Mbl. Z.,** hzb., m. Badb. g. stud. ing. K. Marx, Khe., Hohenzollernstr. 33, bei Müller.

**Möbl. Zimmer,** ruhig, von stud. ing. ges. (Mittagess. außerh.) ✉ 14253 an BNN.

**Gut möbl. Zimmer** v. allein-steh. H. (50 J., leit. St.) zu m. ges. ✉ 14271 BNN.

**Gut möbl. Zimmer** heizb., in Khe. od. Umg. v. Studentin gesucht. ✉ 14267 an BNN.

**Möbl. Zimmer** in gut. Hause v. ruh., sol. Student. ges. ✉ 14269 an BNN.

**Zimmer** v. staatl. Meistersch. f. d. Elektrogew. sof. für Stud. ges. Sekretariat, Adlerstr. 29, Zimmer 66.

**Groß., mod. möbl. Zimmer,** West- od. Südw.-Stadt ges. Direkt. d. Industriewerke Khe., Gartenstr. 63.

**Gut möbl. Zim.** in Durlach v. D. ges. ✉ 13832 BNN.

**Zimm.** in Khe. v. Schülerin d. Dolm.-Schule 2× wöch. ges. ✉ 6729 BNN **Bruchsal.**

**Möbl. Zimmer,** mögl. in Südwest v. Stud. ges. (eigen. Bett vh.). ✉ 14203 BNN.

**Bestmöbl. Zim.** in gt. Lage v. gutsit. Herrn (Ausländ.) gesucht. ✉ 14218 BNN.

**Größ. möbl. Zimmer** o. 2 kl. v. Mutter u. To., berufst., ges. ✉ unter 14102 BNN.

**Möbl. Zimmer,** m. Bettw., v. berufst. Herrn zu miet. ges. ✉ 14272 an BNN.

**Gut möbl. Zi.,** m. Badben., v. j. H., i. best. St. (US-Army) in Durl. ges. Mögl. m. Famil.-Anschl. ✉ 14160 BNN.

**Frdl. möbl. Zi.** v. berufst. H. in gt. H. u. ruh. Lage ges. ✉ 13846 an BNN.

**Wohn. u. Schlafzimmer,** mbl., evtl. Einz.-Zim. mögl. mit Abendpens., v. Akad. ges. Weststadt bevz. ✉ 14231 BNN.

**1 Zi.-Wohng.** v. berufstätig. Dame ges. Evtl. Baukostenzusch. ✉ unter 14191 BNN.

**1½-Z.-Wohn.** Mans. angen., evtl. Ausbau, v. jg. Ehepaar ges. ✉ 14299 BNN.

**1—2 gt. möbl. Zimmer** in der Nähe uns. Büros zum 1. 10. f. d. Leiter uns. Betr. ges. Gothaer Feuer-Vers.-Bank a. G., Bez.-Dir., Karlsruhe, Redtenbacherstr. 9. Tel. 106.

**2 Zimmer,** möbl. o. teilmöbl., sof. v. höh. Beamt., Weststadt, ges. Prof. Dr. Gehrig, Khe., Ndl. Hildapr. 2. T. 9048.

**2 Zi.-Wohn.,** evtl. Beteil. b. Wiederinstands., v. kinderl. Ehep. ges. ✉ 14148 BNN.

**2 Z.-Wohn.** in Khe. v. ruh. Ehep. ges. ✉ 3578 an Bad. Ann.-Exp. Khe., Zähringerstraße 90.

**2 Zim.-Wohn.,** mod., Südw.- od. Weststt. gesucht. Evtl. Tausch m. größ. Wohn. o. Bauhilfe. Direktion d. Industriewerke Karlsruhe.

**2 Z.-Wohn.,** mögl. 2. St., b. finanz. Aufbauh. dring. v. ruh. Miet. g. ✉ 13847 BNN.

**Besch. 2—3 Z.-Wohng.** oder 50—100 qm Dachbod. z. Ausbau ei. Whn. m. eig. Mitt. v. Arch. ges. ✉ 14516 BNN.

**2—3-Z.-Wohn.** geg. Aufbauh. ges. ✉ 14232 an BNN.

**2—3 Z.-Wohng.** gg. Ausbaubet., finanz. u. mater. sof. zu miet. g. ✉ 14184 BNN.

**Geräum. 4 Zi.-Wohn.** z. Ausbau b. fin. Bet. ges. Baum. k. gest. w. ✉ 13848 BNN.

**Wohnungs-Tausch**

**Werkstätte,** 80 qm, gg. größ. z. tausch g. ✉ 14513 BNN.

**Möbl. Zi.,** hzb., in Ettl. gg. ebens. i. Khe. ✉ 14559 BNN.

**1 Zimmer,** Kü. u. Kell. geb.; 2 Zim., Küche u. Kell. ges., 1 od. 2 Tr. Mittel- oder Oststadt. ✉ 14081 an BNN.

**2 Zimmer,** Küche u. Kell. gg. 1 Zi. m. Kü. u. Keller z. t. ges. ✉ u. 14121 an BNN.

**Gr. 2 Zim.-Wohng.** m. Küche u. Zub. in Meckesheim bei Hdbg. gg. gleichw. in Khe. zu tausch. ✉ 14251 BNN.

**Gr. 2 Zi.-Wohn.** m. Kü., Ke., u. Speicher i. Rüppurr gg. so. m. Bad. ✉ 14110 BNN.

**2-Zi.-Wohnung,** Weststt., gg. 3-Z.-Wohn., Weststt. oder Südweststt., m. Bad. Heid, Khe., Goethestraße 47.

**Kleinere 3-Z.-Wohn.** m. ger. Kü., 39 M. gg. größ. 3-Z.-Wohnung. Tel. Khe. 249.

**3-Z.-Wohnung,** schö., sonn., Weststt., geg. gleichw. 2-Z.-Wohn. ✉ 14238 BNN.

**2-Z.-Wohn.** m. K. geg. 1-Z.-Wohn. m. K. ✉ 14290 BNN.

**Sonn. 3 Zim.-Wohn.,** Oststt., geb. gg. ebens. 2 Z.-Woh. Oststt. ✉ 14192 an BNN.

**3 Zim.-Wohnung,** Südstadt, gg. 2 Z.-Wohn. in Rüpp. ✉ 3943 an Bad. Annonc.-Exp., Khe., Zähringerst. 90.

**3 Zi.-Wohng.,** III., Südweststadt gg. 3 o. 2 Z.-Wo., a. Vorort. ✉ 14126 an BNN.

**3 Zi.-Whn.,** Südweststt. gel., gg. größ. 2 Z.-Wohn. o. kl. 3 Zimm.-Wohn., Innenstadt. ✉ 14514 an BNN.

**3 od. 4 Z.-Wohn.** in Khe. o. Durl. geg. 3 Z.-Wohn. in Khe. ✉ 14161 BNN.

**3—4 Z.-Wohn.,** gg. 4-5 Z.-W., n. gt. Lage ✉ 14186 BNN.

**4 Z.-Wohng.** m. Bad, Kammer u. sonst. Zub. in Khe., Westst., gg. ebens. o. Einf.-Haus in d. Umgeb. Khe. ✉ unter 14147 an BNN.

**Pößneck/Thür. — US.-Baden:** Suche Tauschpartn. f. Wohnung m. Möbel. K. F. Groh, Pößneck, Tuchmacherst. 94.

**Stgt.-Fellbach-Khe.:** 1 Z. m. Kü., Kell. in Fellbach geg. ebens. i. Khe. ✉ 14286 BNN.

**München—Khe.:** Biete 1 Zi., Waschr., fl. Wa. u. WC, i. Gräfelfing. Su. gt. möbl. Z. m. Kochg. Khe. ✉ 14297 BNN.

**Khe.—Durl.:** Geb. i. K. gr. 2 Z.-W. m. Kü. gr. Fl., Kell., ges. i. D.: 2—3-Z.-W., mgl. m. Badz. ✉ u. 14241 BNN.

**Schwäb.-Gmünd — Ettlingen:** 2 Zi.-Wohnung m. Zubeh. in Schw.-Gmünd gg. ähnl. in Ettl. Karl Karcher, (14a) Schwäbisch-Gmünd, Aalener Straße 29.

**Bruchs.—Stuttg.:** Wer tauscht in Bruchsal od. Landkreis Zuzug (2 Pers.) nach Stuttgart? Josef Simon, Stuttg.-Degerloch, Roßhausstr. 63.

**Springe/Hann. — Khe.:** 2 od. 3 Zim.-Wohng. m. Kü. in Spr. gg. 2 od. 3 Zi.-Whn. m. Kü. i. Khe. ✉ 3577 an Bad. Ann.-Exp. Khe., Zähringerstraße 90.

**In Ettlingen 2 Zi.-Wohnung,** Nähe Exerzierplatz u. Erbprinz geb.; suche 3 Zim.-Wohng. ✉ 14073 an BNN.

**Waibstadt/Heidelbg. — Khe.:** 2 Z.-Wohn., Kü., Zub. u. Garten in Waibstadt geg. glchw. i. Khe. ✉ 14197 BNN.

**Freudenstadt-Khe.:** Schöne 2 Zi.-Wohn., Veranda, Küche, Bad in bester Lage gegen gleichw. in Khe. od. Umg. ✉ unter 14170 BNN.

**Berlin-Khe.:** 2½-Z.-Wohn. u. Kü. in Bln.-Pankow gegen gleiche od. 2-Z.-Wohn. in Khe. o. Umg. ✉ 14119 BNN.

**Stuttgart—Karlsruhe:** 2½ Z.-Wohn. m. Kü., Nähe Stuttgart, m. gt. Bahnverbind., Bahnhofn., gg. ähnl. Wohn. in Khe. ✉ u. 14082 a. BNN.

**Berlin—US/Württ.-Bad.:** Geb. in Berlin, brit. Sekt., Nähe Kurfürstend., 3 Z.-Wohn. m. Bad, Balk. Mädchenk., Kü., unbesch. Gartenhs. I. St., Miete 80 RM. 2 Pers. Ges. gleichw. Wohnung in Württ.-Bad. Hermann Neudeck, Stuttgart-S., Alexanderstraße 127.

**Khe.—Ettlingen:** 3 Zi., Bad, Kü., Gartenant. gg. 3—4 Z. in Ettling. ✉ 14135 BNN.

**Heidelberg—Karlsruhe:** Schö. 3 Z.-Wohn., m. Küche, in best. Lage (Westst.) geg. gl. Wohn. in Khe., mögl. Weststadt. P. Pfäffle, Heidelberg, Rohrbacherstr. 54.

**Khe.—Durlach:** Geb. i. K. gr. 4-Z.-W. m. Bd. u. Ms., ges. i. D. 3-Z.-W. o. 2 Z. m. bew. Ms. z. Frühj. ✉ 14240 BNN.